

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Ich möchte dieses Mal auf drei Nachrichten aufmerksam machen, die bei jedem liberal gesinnten Menschen Besorgnis hervorrufen werden.

1. Die Europäische Säule sozialer Rechte (S. 2), mittels derer sich die EU-Bürokratie tief in die Arbeits- und Sozialpolitik und gar Tarifpolitik der Unternehmen und ihrer Mitgliedsstaaten einmischen möchte. Ein sehr gutes Beispiel dafür, dass der Bundestag und die Bundesregierung, die wir bald wählen, irgendwann einfach außer Kraft gesetzt werden.

2. Die Frühjahrsprognose 2017 (S. 3), in der die Kommission es als ihre vordringlichste Aufgabe deklariert, gegen die Ursachen für die Diskrepanzen zwischen den Mitgliedern der Eurozone in Bezug auf den Anstieg von Beschäftigung und Investitionen vorzugehen. Das ist eine ungeheuerliche Einmischung einer nicht demokratisch legitimierten Behörde in den Binnenmarkt und die Unternehmen der EU.

3. Die Zulassung der Europäischen Bürgerinitiative zur Reduzierung von Entgeltungleichheiten (S. 5), die einer Abschaffung der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs gleichkäme

Ich frage mich immer öfter, wieso Länder wie Deutschland, die Niederlande, Österreich, Schweden, etc. hier nicht energisch Einhalt gebieten und die Kommission auf ihre ursprünglichen Aufgaben zurückdrängen.

Europäischer Rat

Rat stimmt letztmaliger Verlängerung der Binnengrenzkontrollen um sechs Monate zu
Am 11.05.2017 hat der Rat der Kommissionsempfehlung zur dritt- und letztmaligen Verlängerung der Binnengrenzkontrollen nach Art. 29 des Schengener Grenzkodex um weitere sechs Monate zugestimmt. Bis Mitte November 2017 sollen Deutschland, Österreich, Dänemark, Schweden und Norwegen die Grenzkontrollen schrittweise auslaufen lassen und Alternativen wie Polizeikontrollen und Schleierfahndung zum Schutz der inneren Sicherheit nutzen. Zeitlich befristete Binnengrenzkontrollen dürfen laut Rat nur die Ausnahme bei akuten Risiken darstellen. Die betroffenen Staaten werden aufgefordert, jede Woche die Notwendigkeit von Grenzkontrollen zu prüfen sowie der Kommission und dem Rat jeden Monat zu berichten. Die Berichte sollen unter anderem die Gesamtzahl der kontrollierten und zurückgewiesenen Personen sowie der Asylsuchenden an den Grenzen umfassen.

http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2017/05/11-schengen-area-six-month-prolongation-internal-border-controls/?utm_source=dsms-au-to&utm_medium=email&utm_campaign=Schengen-area:+Council+recommends+up+to+six+month+prolongation+of+internal+border+controls



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Europäische Kommission

Neue Afrika-Strategie

Die Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Federica Mogherini, haben am 04.05.2017 eine Mitteilung „Neue Impulse für die Partnerschaft Afrika-EU“ an EP und Rat vorgelegt. Neben der o.a. Mitteilung legten sie zudem sieben umfassende Themenblätter zur o.a. Mitteilung vor, die u.a. mit den Themen Frieden und Sicherheit, verantwortungsvolle Regierungsführung, aber auch Themen wie Landwirtschaft und blaue Wirtschaft betreffen. Zudem hat die Kommission auch ihr Konzept „Digital4Development“ vorgelegt. Dieses enthält Ideen zur Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien in den Entwicklungsländern und zur Berücksichtigung der Aspekte der Digitalisierung in der Entwicklungspolitik der EU. Ziel der Mitteilung ist es, die Partnerschaft zwischen der EU und Afrika stärker als bisher strategisch auszurichten. Insbesondere soll sie eine engere Zusammenarbeit in Fragen der globalen Governance sowie die Ausarbeitung von Vereinbarungen, Normen und Maßnahmen ermöglichen, um globale Herausforderungen wie Terrorismus, grenzüberschreitende Kriminalität, Klimawandel, Epidemien, zunehmend knappe natürliche Ressourcen, humanitäre Krisen und irreguläre Migration zu bewältigen. Es geht daher zum einen um die Vorstellung von Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der Staaten und Gesellschaften. Zum anderen sollen mehr und bessere Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Mittei-

lung dient als Grundlage für die Vorbereitung des EUAfrika-Gipfels im November 2017 in Abidjan, Elfenbeinküste.

<http://eur-lex.europa.eu/legalcontent/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52017JC0017&from=EN>

Europäische Säule sozialer Rechte vorgelegt

Die Kommission hat am 26.04.2017 einen Vorschlag für eine Europäische Säule sozialer Rechte vorgelegt. Darin werden 20 zentrale Grundsätze und Rechte formuliert, die der Unterstützung gut funktionierender und fairer Arbeitsmärkte und Sozialsysteme in Europa dienen sollen. Die Initiative richtet sich in erster Linie an den Euro-Raum, kann jedoch in allen teilnahmewilligen Mitgliedstaaten zur Anwendung kommen. Die Mitteilung der Kommission wird u.a. begleitet von einer Reihe konkreter legislativer und nicht-legislativer Initiativen, die nach deren Annahme den sozialen Acquis der EU ergänzen sollen. Der Vorschlag zur Änderung der Elternzeitrichtlinie legt u.a. Mindeststandards für Eltern-, Vaterschafts- und Pflegeurlaub fest. Künftig sollen Väter z.B. das Recht haben, nach der Geburt eines Kindes mindestens zehn Arbeitstage Urlaub zu nehmen (bislang gibt es keinen Vaterschaftsurlaub auf EUEbene). Zudem soll der derzeit bestehende Anspruch auf vier Monate Elternurlaub für Kinder bis zwölf Jahren geltend gemacht werden können (die bisherige verbindliche Altersgrenze beträgt acht Jahre). Erstmals soll auch ein Recht auf Urlaub für pflegende Angehörige von fünf Tagen bei Erkrankung eines direkten Angehörigen eingeführt werden. Ferner räumt der Vorschlag Eltern von Kindern bis



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

zwölf Jahren und pflegenden Angehörigen das Recht ein, flexible Arbeitsregelungen zu beantragen (z.B. reduzierte oder Telearbeit). Die Konsultation zur Richtlinie über die Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung des Arbeitnehmers über die für seinen Arbeitsvertrag oder sein Arbeitsverhältnis geltenden Bedingungen verfolgt das Ziel festzustellen, inwieweit Arbeitnehmer, die eine neue Beschäftigung aufnehmen, schriftlich über die wesentlichen Punkte des Arbeitsverhältnisses unterrichtet werden. Mit der Konsultation zum Zugang zum Sozialschutz will die Kommission eruieren, in welcher Weise sichergestellt werden kann, dass Selbständige und Erwerbstätige in atypischen Beschäftigungsverhältnissen künftig Zugang zum Sozialschutz und zu Leistungen der Arbeitsverwaltung erhalten können. Auf der Grundlage der Konsultationsergebnisse will die Kommission ggf. einen Legislativvorschlag zum Zugang zum Sozialschutz ausarbeiten. Die Auslegungsmitteilung zur Arbeitszeitrichtlinie soll dazu dienen, vor dem Hintergrund eines gewachsenen Fundus an Gerichtsurteilen Rechtssicherheit in Bezug auf den Inhalt der Richtlinie zu gewährleisten und praktische Orientierungshilfe bei ihrer Anwendung zu geben.

https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social-rights_en

Frühjahrsprognose 2017

Am 11.05.2017 hat die Kommission ihre Frühjahrsprognose 2017 veröffentlicht. Diese enthält insbesondere die Vorhersagen

für die wirtschaftliche Entwicklung in der EU und für die Entwicklung der Haushaltsdefizite in den Jahren 2017 und 2018. Die Kommission rechnet mit der Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung in allen Mitgliedstaaten. Vizepräsident Valdis Dombrovskis, zuständig für Euro und sozialen Dialog, Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion, verwies darauf, dass in den Mitgliedstaaten, in denen Strukturreformen umgesetzt wurden, weitaus bessere Ergebnisse verzeichnet wurden. Er betonte, dass das Gleichgewicht mit Hilfe von Reformen in ganz Europa wiederhergestellt werden müsse. Kommissar Pierre Moscovici, zuständig für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll, ergänzte, dass Europa nun bereits das fünfte Jahr in Folge Wachstum verzeichne, was vor allem auf die akkommodierende Geldpolitik, dem starkem Vertrauen der Unternehmen und Verbraucher sowie einer Verbesserung des Welthandels zurückzuführen sei. Außerdem erklärte er, dass in den kommenden Monaten und Jahren die Hauptaufgabe der Kommission darin bestehen werde, gegen die Ursachen für die Diskrepanzen zwischen den Mitgliedern der Eurozone in Bezug auf den Anstieg von Beschäftigung und Investitionen vorzugehen.

WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Die Kommission rechnet im Euroraum mit einem leichten Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 1,7 % für 2017 und 1,8 % für 2018. Für die gesamte EU geht die Kommission von einem stabilen BIPWachstum von 1,9 % aus. Das stärkste Wirtschaftswachstum für 2017 wird für Mal-



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

ta (4,6 %), Luxemburg (4,3 %), Rumänien (4,3 %) und Irland (4,0 %) prognostiziert. Das geringste Wachstum sollen die Volkswirtschaften in Italien (0,9 %), Finnland (1,3 %), Frankreich (1,4 %) und Belgien (1,5 %) aufweisen. Ein Rückgang der Wirtschaftsleistung wird in keinem Land erwartet.

INFLATION

Die Kommission geht davon aus, dass die Inflation von 0,2 % im Euroraum und von 0,3 % in der EU im Jahr 2016 auf 1,6 % im Euroraum und von 1,8 % in der EU im Jahr 2017 steigen wird. Aufgrund des nachlassenden Effekts des Ölpreisanstieges wird im Jahr 2018 mit einem Sinken der Inflationsrate auf 1,3 % im Euroraum und von 1,7 % in der EU gerechnet.

ARBEITSLOSIGKEIT

Bei der Arbeitslosigkeit werde sich allgemein ein abnehmender Trend fortsetzen. Die Kommission rechnet damit, dass die Arbeitslosenquote im Euroraum von 9,4 % im Jahr 2017 auf 8,9 % im Jahr 2018 zurückgehen wird. Damit hätte die Arbeitslosigkeit den niedrigsten Wert seit Anfang 2009 erreicht. Die Ursache für diesen Rückgang liege bei der steigenden Binnen nachfrage, Strukturreformen und anderen staatlichen Maßnahmen, die gezielt zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Auch für die gesamte EU setze sich der Abwärtstrend fort: Die Kommission rechnet mit einer Arbeitslosenquote von 8,0 % im Jahr 2017 und 7,7 % im Jahr 2018. Dabei werde es weiterhin große Unterschiede zwischen den Arbeitsmärkten der Mitgliedstaaten geben. So könne sich die Spanne bei der Arbeitslosigkeit im Jahr 2018 von 3,5 % (Tschechische Republik) auf bis zu

15,9 % (Spanien) und sogar 21,6 % (Griechenland) erstrecken.

HAUSHALTSDEFIZITE/VERSCHULDUNG

Im Euroraum wird für 2017 und 2018, unter anderem aufgrund von Niedrigzinsen und moderater Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor, mit einem Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits und der Bruttoschuldenquote gerechnet: Laut Prognosen soll das öffentliche Defizit im Euroraum von -1,5 % des BIP im Jahr 2016 auf -1,4 % im Jahr 2017 und -1,3 % im Jahr 2018 zurückgehen. Für die gesamte EU rechnet die Kommission mit einem Rückgang von -1,7 % des BIP im Jahr 2016 auf -1,6 % im Jahr 2017 und -1,5 % im Jahr 2018. Für 2017 wird das höchste Defizit in Rumänien (-3,5 %) und Spanien (-3,2 %) erwartet. Den höchsten Überschuss sollen mit jeweils 0,5 % Deutschland, Malta und die Niederlande aufweisen. In 2018 wird dann für Rumänien (-3,7 %) und Frankreich (-3,2 %) das höchste Defizit und für Malta und die Niederlande mit 0,8 % der höchste Überschuss erwartet. Bei der Schuldenquote geht die Kommission davon aus, dass diese im Euroraum von 91,3 % des BIP im Jahr 2016 auf 90,3 % im Jahr 2017 und 89,0 % im Jahr 2018 fallen wird. Für die gesamte EU wird ein Rückgang von 85,1 % im Jahr 2016 auf 84,8 % im Jahr 2017 und 83,6 % im Jahr 2018 prognostiziert.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1237_de.htm



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Kommission lässt Europäische Bürgerinitiative zur Reduzierung von Entgeltungleichheiten zu

Die Kommission hat am 16.05.2017 die Teilzulassung einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) beschlossen, die die Reduzierung von Entgeltungleichheiten und wirtschaftlichen Unterschieden zum Ziel hat. Diese EBI mit dem englischen Titel „Let us reduce the wage and economic differences that tear the EU apart!“ fordert die Kommission auf, Rechtsakte vorzuschlagen, die klar die Absicht der EU zeigen sollen, Lohnungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten zu beseitigen, und die dazu einen stärkeren Zusammenhalt zwischen diesen Ländern vorsehen.

Die Kommission betont, dass sie mit dem aktuellen Beschluss nur die rechtliche Zulässigkeit der EBI (in Teilen) bestätigt habe. In einem „Anhang“ gibt die Kommission allerdings den aus ihrer Sicht gegebenen Rechtsrahmen für Rechtsakte wieder, für die Unterstützungsbekundungen zu dieser EBI eingeholt werden dürften. Der weitere zeitliche Ablauf der EBI sehe als Eckpunkte die förmliche Registrierung (22.05.2017) und die Möglichkeit zur Sammlung von einer Million Unterschriften aus mindestens sieben Mitgliedstaaten vor. Dann werde die Kommission binnen drei Monaten mit einer begründeten Entscheidung reagieren, welche die EBI aufgreife oder ablehne. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1331_de.htm

Kommission veröffentlicht hinweisendes Nuklearprogramm (PINC)

Am 12.05.2017 hat die Kommission erstmals nach dem Reaktorunfall in Fukushima im März 2011 eine Mitteilung über ein hinweisendes Nuklearprogramm (PINC) vorgelegt. Die Mitteilung gibt einen Überblick über die Investitionen in der EU im Zusammenhang mit allen Phasen des Lebenszyklus kerntechnischer Anlagen. Damit kommt die Kommission ihrer Verpflichtung nach Artikel 40 des Euratom-Vertrags nach, in regelmäßigen Abständen hinweisende Programme, insbesondere hinsichtlich der Ziele für die Erzeugung von Kernenergie und der dazu erforderlichen Investitionen, zu veröffentlichen. In ihrer Mitteilung betont die Kommission, dass die Kernenergie auch zukünftig in der EU eine wichtige Rolle bei der Sicherung der Stromversorgung spielen und zur Verwirklichung der Ziele der Klima- und Energiepolitik bis 2030 beitragen wird. Dabei wird hervorgehoben, dass die Mitgliedstaaten die höchsten Standards für die technische Sicherheit, die Sicherheitsmaßnahmen, die Entsorgung von Abfällen und die Nichtverbreitung von Kernmaterial anwenden müssen. Die nach dem Unfall von Fukushima erlassenen Rechtsvorschriften müssen außerdem rasch und umfassend umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang besteht erheblicher Investitionsbedarf im Nuklearbereich bis 2050, insbesondere in Tätigkeiten, die dem Kernbrennstoffkreislauf vorgeschaltet sind und in Rahmenbedingungen für neue Kernkraftwerke sowie die sichere Nachrüstung und den Langzeit



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

betrieb bestehender Kernkraftwerke. Vor dem Hintergrund des raschen Anstiegs der Kernenergienutzung außerhalb der EU soll die EU außerdem ihre Führungsposition in den Bereichen Forschung, Technologie und Sicherheit unbedingt beibehalten.

<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2017/DE/COM-2017-237-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>

Eurostat

Reales Pro-Kopf-Einkommen der Haushalte im Euroraum gesunken und in der EU28 gestiegen

Während im EUR-Raum das reale Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte im vierten Quartal um 0,2% sank (vorheriges Quartal: Anstieg um 0,2%), stieg das reale Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte in der EU28 um 0,5% (vorheriges Quartal: Anstieg um 0,1%). Der reale Pro-Kopf-Konsum stieg in beiden Gebieten. Im Euroraum stieg der Konsum um 0,1% (vorheriges Quartal: Anstieg um 0,4%), in den EU28 verzeichnete Eurostat einen Anstieg von 0,3% (vorheriges Quartal: Anstieg um 0,8%).

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8008446/2-28042017-APDE.pdf/e7c9ee49-f52c-4de6-a7f0-2a3cc73318ce>

Schätzungen der CO2-Emissionen aus energetischer Nutzung im Jahr 2016

Eurostat hat am 04.05.2017 eine Mitteilung herausgegeben, in der es eine erste Prog

nose aufstellt, die besagt, dass die CO2-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger in der EU im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um 0,4% zurückgegangen sind. In insgesamt 11 EU-Ländern schätzt Eurostat den CO2-Ausstoß als rückläufig ein. Trotz des insgesamt leicht gesunkenen CO2-Ausstoßes in der EU ist in den meisten EU-Ländern der CO2-Ausstoß schätzungsweise angestiegen, wenn auch meist nur leicht. So soll er in DEU um 0,7% angestiegen sein.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8010076/8-04052017-BPEN.pdf/7b7462ca-7c53-44a5-bafb-23cc68580c03>

Aus dem Kuriositätenkabinett

Europäischer Gerichtshof hebt Kommissionsentscheidung zu Bürgerinitiative gegen TTIP auf

In dem Gerichtsverfahren zur Europäischen Bürgerinitiative „Stop TTIP“ hat sich eine überraschende Wende ergeben: Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat den Beschluss der Kommission für nichtig erklärt, mit dem sie die Registrierung der Bürgerinitiative abgelehnt hatte.

Die Initiatoren hatten die Kommission dazu auffordern wollen, dem Rat zu empfehlen, das Verhandlungsmandat für TTIP aufzuheben und CETA nicht abzuschließen. Allerdings lehnte es die Kommission 2014 schon im Vorfeld ab, die Initiative als solche anzuerkennen, da sie rechtlich unzulässig sei. Das Mandat habe lediglich vorbereiten



EUROPA

**Freie
Demokraten**
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

den Charakter und sei daher kein Rechtsakt der Union. Auch ein Nichtstun könne nicht Gegenstand einer Bürgerinitiative sein. Der Kommissionsvertreter hatte in der mündlichen Verhandlung vor der Zulassung destruktiver Bürgerinitiativen gewarnt. Die Klage haben nun aber die Initiatoren gewonnen (Rs. T-754/14). Das Gericht wies darauf hin, dass der Grundsatz der Demokratie ein weites Verständnis der Vorschriften zur Europäischen Bürgerinitiative erfordert. Diese zielen darauf, die demokratische Funktionsweise der Union durch Bürgerbeteiligung zu verbessern. Deshalb müssten auch Rechtsakte wie der Beschluss zur Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluss eines internationalen Abkommens (wie TTIP und CETA) umfasst sein, zumal dadurch letztlich auch das Unionsrecht geändert werde. Auch Rechtsakte, die auf die Aufhebung eines Verhandlungsmandats oder die Nichtunterzeichnung eines Abkommens zielen, dürfen nicht von dieser demokratischen Debatte ausgeschlossen werden. Die Bürgerinitiative stelle deshalb keine unzulässige Einmischung in den Gang des Gesetzgebungsverfahrens dar. Die Kommission hätte sie daher annehmen müssen.

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und
OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

